

Grundsatzrede der CDU-Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf,
gehalten vom Vorsitzenden Hans-Georg Lang am 12. Mai 2016

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Zuhörer!

Die Grundsatzerklärung der CDU beschäftigt sich selbstverständlich mit den Jahren, die vor uns liegen. Erlauben sie mir einen kleinen Blick auf die Kommunalwahl und die hierbei erzielten Ergebnisse. Und ich fange mit einem sehr unerfreulichen Ergebnis an, nämlich mit der Wahlbeteiligung, die bekanntlich in Stadtallendorf knapp unter vierzig Prozent lag. Das ist ein Sachverhalt, den kennen wir ähnlich von früheren Wahlen. Das ist aber leider kein Grund, zur Tagesordnung überzugehen und sich daran zu gewöhnen. Die Frage, die sich dabei stellt: Woran liegt das eigentlich? Ich will unsere eigene Arbeit als Parlament der letzten fünf Jahre reflektieren – auch als ehemaliger Stadtverordnetenvorsteher darf ich feststellen, dass dieses Parlament sehr sachlich gearbeitet hat, unnötigen Streit vermieden hat, eigentlich als Parlament in diesem Sinne keine negativen Schlagzeilen produzierte, und wir uns an der Sache orientiert haben. Wir haben nicht einfach Vorlagen durch gewunken und haben im Endeffekt – so behaupte ich einfach – in der Summe anständige Politik betrieben. Umso merkwürdiger und unverständlicher ist dann eine solche Wahlbeteiligung.

Dass das Ganze durchaus auch praktische Konsequenzen hat, konnte man ja auch bei der Kreistagswahl bemerken. Unsere Nachbarstadt Kirchhain hatte natürlich gleichzeitig Bürgermeisterwahl, sie hatte dadurch eine Wahlbeteiligung von 57 % gegenüber unseren 39 %. Das hat zum Beispiel zur Konsequenz, dass in absoluten Stimmen mehr Kirchhainer Stimmen in die Kreistagswahl einfließen als Stadtallendorfer Stimmen, obwohl Stadtallendorf die eindeutig größere Stadt ist und auch mehr Wahlberechtigte hat. Was sich so auswirkt, dass nach der Wahl im Kreistag natürlich auch mehr Kirchhainer als Stadtallendorfer Parlamentarier vertreten sind. Das ist ja auch das Prinzip des Kumulierens und Panaschierens. Was kann man tun? Ich möchte jetzt nicht extrem lange bei diesem Thema bleiben. Ich habe mir natürlich auch meine Gedanken gemacht.

Als einen Vorschlag biete ich an, dass man unsere Arbeit besser darstellen sollte. Ich meine jetzt nicht die eigentliche Presse, die ist frei in ihrer Berichterstattung. Ich meine unsere eigenen Mitteilungen, die städtischer Weise erfolgen. Ich finde, da ist durchaus Luft nach oben, zum Beispiel mit einer moderneren Darstellung im Layout. Das wäre eine Anregung für die jetzige Legislaturperiode, dass dem Bürger noch viel bewusster gemacht wird, was wir Stadtverordnete und Magistratsmitglieder eigentlich leisten. Vielleicht ist man dann in fünf Jahren eher bereit, an einem Wahlsonntag ins Wahllokal zu gehen oder Briefwahl auszuüben.

Von der Wahlbeteiligung insgesamt möchte ich speziell auf das Ergebnis meiner Partei kommen. Die CDU ging ausgehend von sehr stolzen 45 % und 17 Sitzen in 2011 mit 38 % und drei Mandaten weniger, also mit 14 Mandaten, aus dieser Wahl hervor. Das ist natürlich ein Verlust, den ich keinstenfalls schön zu reden habe. Den wir bedauerlich finden. Und der natürlich auch von unserer Seite her eine Analyse verlangt.

An dieser Stelle möchte ich das sehr stichwortartig tun, um nicht vom Hauptthema meiner Rede abzulenken. Kurz zusammengefasst kann man sagen, die CDU hat in drei Richtungen Wähler verloren: wegen der Flüchtlingsthematik - das war mit Händen zu greifen - sicher an die Bürger Union Stadtallendorf, die sich ja neu gegründet hat; dann war es das erste Mal seit über vierzig Jahren, dass die CDU ohne den Bürgermeisterbonus angetreten ist - das war sicher ein Nachteil und für unseren Konkurrenten ein Vorteil, diesen Bonus bei der Wahl

gehabt zu haben - und schließlich standen wir ja auch in der Haushaltsentscheidung vor einer sehr schwierigen Frage und wir haben eine Entscheidung getroffen, was die Steuersätze betrifft, die nicht jedem aus unserem Wählerklientel gefallen hat, mit der wir möglicherweise auch den einen oder anderen Wähler verprellt haben. Und wenn man das dann sieht am Wahlsonntagabend, als nur die Ergebnisse mit einem Stimmenkreuz gewertet wurden - was natürlich von vornherein fragwürdig war, so eine Auszählung überhaupt durchzuführen – war das für uns sehr herb. Wir lagen an diesem Wahlabend bei 30 % - und hatten bekanntlich fünf Jahre davor über 45 %. Dass wir im Endeffekt bei 38 % gelandet sind, haben wir dem Kumulieren und Panaschieren zu verdanken. So ist das Ergebnis für uns deutlich erträglicher und an dieser Stelle haben wir natürlich von zwei Persönlichkeiten besonders profitiert, die jetzt auch entsprechende städtische Ämter innehaben und insofern haben sie diese auch vollkommen zu Recht erreicht.

Von diesem Rückblick und dieser Minimalanalyse möchte ich dann doch zu heute und in die Zukunft überleiten. Da stellt sich die erste Frage: Wie sieht in diesem Parlament die Zusammenarbeit der CDU mit den anderen Fraktionen aus?

Wie bereits in der letzten Legislaturperiode gibt es in diesem Hause keine Koalition und keine Zählgemeinschaft. Es gilt wieder der Grundsatz: Sachfragen suchen sich jeweils ihre Mehrheit! Mit dieser Einstellung sind wir in der letzten Legislatur gut gefahren und haben die kommunalen Parlamentsergebnisse erzielt, und da ist es sicherlich nicht verwunderlich, dass wir es auch in dieser Kampagne, wenn ich das so sagen darf, in diesen fünf Jahren so praktizieren werden. Ich will auch an dieser Stelle sagen, dass ich es ausgesprochen gut finde, dass es in diesem Haus keine Blockbildung gibt. Und ohne jetzt Städte einzeln zu nennen, schaut man ja auch in die Nachbarschaft, da kann man sagen: Es ist eben gut, dass es nicht auf der einen Seite die SPD und ihre Bundesgenossen gibt, und auf der anderen Seite die CDU mit ihr angeschlossenen Bündnispartnern, wobei es immer nur darum geht: Wer hat gerade mal knapp die Nase vorn? Kippt die Mehrheit? Kippt sie nicht? Es ist eigentlich auch kein Wunder, denn die wichtigsten Maßnahmen, die wir bis zuletzt bearbeitet haben, auch in den letzten 26 Jahren vorgenommen haben, sind unbestritten und fußen auf Entscheidungen der Vergangenheit, wie zum Beispiel bei den Feuerwehrrätehäusern: In Hatzbach wurde ja jetzt der Spatenstich durchgeführt, für Erksdorf liegt uns die Entscheidung vor, das heißt der politische Wille wurde eindeutig erklärt, und alle sind daran interessiert, dass in Stadtmitte die Einrichtung deutlich verbessert wird. Das ist halt das Schöne an einer breiten Mehrheit in diesem Parlament!

Das Schwimmbad haben wir ja gemeinsam beschlossen, insbesondere dass wir uns an den Standort halten, dass wir es auch nicht abreißen, sondern auf diese Form zurückführen, wie wir sie hatten. Es ist eine gemeinsame Aktion, gerade weil das Schwimmbad uns lieb und teuer sein wird. Es ist wichtig, dass dem eine breite Mehrheitsentscheidung zu Grunde lag.

Dass wir den Einzelhandel so gut unterstützen wie wir es können, ist ebenfalls die Mehrheitsmeinung. Dass wir die B 454 zügiger gebaut haben wollen, das passt jetzt auch zu dem Antrag, den wir nachher behandeln, dies ist auch für die CDU selbstverständlich – unabhängig davon, wer gerade in der Landesregierung sitzt oder was sich die Landesregierung vorstellt. Und es hat uns sehr gestört, dass wir aus der Zeitung entnommen haben, mit welchen langen Fristen man da in der Verwaltung überhaupt rechnet. Wenn ich jetzt auf den Zusammenhang mit der A 49 verweise, dann bedeutet das, Eulen nach Athen zu tragen. Für die A 49 gab es zwar keine einstimmige Mehrheit in diesem Hause, aber einen nahezu einstimmigen Beschluss.

Das sind alles Dinge, bei denen sind wir uns einig. Was noch zu klären ist in den nächsten Jahren, ist die Frage des Innenstadtrings. Da erinnere ich an eine Initiative. Wir sollten jetzt wirklich in den nächsten Jahren vorangehen. Da gibt es natürlich auch örtliche Interessen – das ist selbstverständlich. Aber auch über diese Infrastrukturmaßnahme wird man sich einigen können.

Nicht nur die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen spielt eine wichtige Rolle. Für uns als CDU ist natürlich auch die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister und der Verwaltung wichtig. Wie eben angeführt, gehört der Bürgermeister seit wenigen Jahren nicht mehr der CDU an, das heißt aber nicht, dass wir eine grundsätzlich andere Auffassung hinsichtlich des Bürgermeisters haben, nur weil er einer anderen Partei angehört. Grundsätzlich haben wir eine positive Haltung zu seiner Person und seiner Arbeit.

Zentrales Ziel sind ausgeglichene Haushalte. Wir erinnern uns an die doch sehr intensive, heftige Diskussion der letzten Monate. Es ist nach wie vor dringend geboten, Konsolidierungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Und hier geht es nicht anders, als dass es zu einem engen Zusammenwirken von Politik und Verwaltung kommt. Wir erinnern uns an die Diskussion. Im Endeffekt ist es so, dass die Vertreter der Verwaltung die Fach- und Sachkompetenz besitzen, und letzten Endes die Vertreter der Politik die Grundsatzentscheidung treffen müssen, die sie dem Bürger gegenüber zu vertreten haben. Sinnvoll geht es nur in einem guten Zusammenwirken. Da ist die CDU nach wie vor der Auffassung, dass daran gearbeitet werden muss, solche Irritationen wie in den letzten Monaten zu vermeiden. Diese tun uns selbstverständlich leid und wir sind möglicherweise falsch verstanden worden.

An erster Stelle nenne ich so – da komme ich jetzt nicht umhin – die Personalausgaben. Ich darf sagen, das war kein Wahlkampfthema von uns, wie man uns vielleicht unterstellt hat, dass wir hier den Finger in die Wunde gelegt haben. Sondern es bedrückt uns in der Tat, dass innerhalb von zwei Jahren diese Ausgaben um ein Drittel gestiegen sind. Sicher wurde uns das in dem einen oder anderen Fall erklärt, das konnten wir dann nachvollziehen. Ich wiederhole meine Aussage vom Februar: Die CDU will, dass die jetzigen Arbeitsplätze gesichert sind. Es geht nicht darum, hier in der Verwaltung den Leuten die Arbeit wegzunehmen. Wir haben damals ja bereits festgestellt, es sind knapp zehn Stellen, die sind nicht besetzt. Das wäre eine Möglichkeit, die muss dann in jedem Einzelfall selbstverständlich geprüft werden. In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, dass bei der Aufstellung der Haushaltspläne doch bitte mehr Transparenz herrschen möge. Das wird vielleicht noch manche Diskussion erleichtern, vielleicht sogar überflüssig werden lassen. Solch ein Beispiel war die Frage der Gegenfinanzierung eben auch im Personalbereich. Wenn wir aufgezeigt bekommen als Stadtverordnete, dass wir auf der einen Seite höhere Ausgaben haben, die aber an anderer Stelle gegenfinanziert werden – dann hört sich das besser an. Ich bitte einfach darum, und wenn es durch Fußnoten geschieht, uns Ehrenamtlern da zu helfen, um auch Zusammenhänge noch besser zu verstehen, als uns das bisher gelungen ist. Als letztes zu diesem Punkt habe ich noch eine Anregung loszuwerfen, die ich auch schon in meiner Haushaltsrede angedeutet habe: Wir haben ja wie bekannt uns schon länger von der Kameralistik verabschiedet. Man sollte eigentlich konsequenter Weise bei der Haushaltserstellung so vorgehen, dass die Haushaltsbereiche jeweils ein Budget vorgegeben bekommen. Und so von vornherein die Ausgaben stärker zentral gesteuert werden. Die Umsetzung dieser Anregung muss letzten Endes hausintern erfolgen. So wären Begrenzungen möglicherweise einfacher.

Eine allerletzte Bemerkung zur Diskussion der letzten Monate gilt dem Eigenbetrieb Dul. Auch da sind möglicherweise Wunden geschlagen worden, die nicht hätten sein brauchen oder die auf Missverständnissen beruhen. Jetzt wird immer geredet von einer Abschaffung von Dul. Das Wort „Abschaffung“ ist eine falsche Wortwahl. Man kann nicht die Arbeiten abschaffen. Das geht schon mal gar nicht. Die Aufgaben sind zu erfüllen. Das Instandhalten der Gebäude war immer selbstverständlich. Es geht hier ggf. um eine Organisationsreform – wenn ich das mal so nennen darf. Bisher wird die Arbeit in Form eines Eigenbetriebes geleistet. Und die Frage, die wir zu klären haben, lautet: Ist die Umstrukturierung zu einem Fachdienst innerhalb des Fachbereiches 4 sinnvoller? Sie werden sich erinnern, dass wir die erste Stufe eines Antrages bereits umgesetzt haben. Das war allerdings ein erster Einstieg, die den großen Erkenntniswert nicht gebracht hat. Wichtig ist zumindest, dass auch die

zweite Stufe praktiziert wird. Dass wir da Informationen und ein Prüfergebnis erhalten, damit wir sagen können, welchen Weg wollen wir im Bereich „Dienstleistungen und Immobilien“ gehen. Wollen wir die jetzige Form der Organisation des Eigenbetriebes belassen oder wollen wir ihn umstrukturieren? Aber Arbeitsplätze bleiben. Das ist selbstverständlich. Es geht doch bei dieser Frage um Transparenz, möglicherweise bis ins Detail, nicht um die Abschaffung und Einsparung von Arbeitsplätzen.

Was nehmen wir uns für die nächsten fünf Jahre vor? Wenn Sie sich erinnern, haben Spitzenvertreter der Verwaltung und der Fraktionen vor genau zwei Jahren sehr viel Zeit darauf verwendet, um in vier Sitzungen á sechs Stunden ein Zielsystem zu erarbeiten. Dieses Zielsystem entstand wie gesagt fraktionsübergreifend und brachte die Vertreter der Verwaltung und der Politik durchaus auch menschlich zusammen. Ich denke, es ist nach wie vor eine gute Basis für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Also darauf aufbauend finde ich, und zusammen mit der konstruktiven Atmosphäre, die im Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung in den letzten Jahren geherrscht hat, dass das eine gute Grundlage darstellt und dass wir hier optimistisch in die Zukunft blicken können. Wichtig ist natürlich, das haben wir jetzt nicht in der Hand, dass wir von einem finanziellen Einbruch verschont bleiben mögen. Wir sehen es am Beispiel der Stadt Marburg, dass sich das in kürzester Zeit sehr stark verändern kann. Wir hoffen alle, dass dieses so genannte Damoklesschwert uns nie treffen wird. Wir reden zwar schon seit Jahrzehnten fast in jeder Haushaltsrede von unserer Monostruktur. Richtig getroffen hat uns das Schwert bisher nicht. Sollte es wirklich mal passieren, dann stellt sich die Diskussion, die wir zuletzt geführt haben, in einem vollkommen anderen Licht dar. Also: Uns geht es finanziell immer noch gut. Und sollte das so bleiben, dann sind eigentlich auch die Grundlagen geschaffen, dass wir in den nächsten fünf Jahren eine gute und erfolgreiche Arbeit für unsere Stadt leisten können. Dafür wollen wir als CDU unseren Beitrag leisten.

Auf ein gutes Gelingen!

Vielen Dank.